



Geschäftsstellen: Diez, Düsseldorf

Aufruf an den Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Bremen vom 30.1.-1.2.2015

Liebe Teilnehmerin,
lieber Teilnehmer,

**Verein gegen
Rechtsmißbrauch e.V.**
Röderbergweg 34
60314 Frankfurt am Main
Telefon/Fax: 069 / 43 35 23
VGR-Ffm@t-online.de
www.justizgeschaedigte.de

15. Januar 2015

wir bitten Sie, sich auf diesem Bundesparteitag der Alternative für Deutschland auch **mit dem Zustand unserer Rechtsprechung, der dritten Gewalt, zu beschäftigen**. Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, hat Anfang dieses Jahrhunderts erklärt, dass zur Demokratie auch Gerechtigkeit gehört. Dieser Forderung wird die Rechtsprechung häufig nicht gerecht. Der Rechtsanwalt Dr. Joachim Mehringer, Heidelberg, beklagt in seinem Leserbrief in der FAZ vom 31.1.2008 „erschreckende Zustände in der Justiz“. Der Richter i.R. Frank Fahsel berichtet in seinem Leserbrief in der SZ vom 9.4.2008, er habe während seiner Zeit als Richter am Landgericht Stuttgart von 1973 bis 2004 „ebenso unglaubliche wie unzählige vom System organisierte Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen erlebt, gegen die nicht anzukommen war/ist, weil sie systemkonform sind.“ Diese unhaltbaren Missstände in der Rechtsprechung sind auch eine Gefahr für die Demokratie. Wer durch die Rechtsprechung um sein Recht gebracht wurde, verliert nicht nur sein Vertrauen in die Rechtsprechung, sondern auch in die Demokratie. **Sie als Teilnehmer (in) sind deshalb aufgerufen, den Zustand unserer Rechtsprechung auf diesem Parteitag zu erörtern und Schlussfolgerungen für ihre Verbesserung zu ziehen.**

Tatsache ist, dass die Rechtsprechung fast jeglicher Kontrolle entbehrt. Auch für sie gilt: Unkontrollierte Macht korrumpiert. Aus diesem Grund ist es nötig, den § 339 Strafgesetzbuch (Rechtsbeugung) im Sinne der Professoren Bemmann, Seebode und Spindel zu reformieren. Sie schlagen vor, auch die minder schwere Rechtsbeugung zu bestrafen, und zwar mit mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe (Zeitschrift für Rechtspolitik 1997, 307f). Des Weiteren ist es geboten, die Dienstaufsicht über die Richter (§ 26 Abs. 2 Dt. Richtergesetz) von den Gerichtspräsidenten auf einen von diesen unabhängigen Justizombudsmann, wie in Schweden, zu übertragen. Dies ist deshalb erforderlich, weil die Dienstaufsicht ihrer Verpflichtung, bei rechtsfehlerhaften Entscheidungen Vorhalt und Ermahnung auszusprechen, so gut wie nie nachkommt.

Wer in der Demokratie Macht ausübt, darf nur auf Zeit ernannt werden. Richter(innen) üben Macht aus. Es ist deshalb dringend geboten, die bisherige Praxis, Richter(innen) auf Lebenszeit zu ernennen, zu beenden und sie nur noch auf Zeit zu berufen. Die ehemalige Richterin am Bundesverfassungsgericht und am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Renate Jaeger, tritt hierfür ein (Neue Justiz 1995, Seite 562, FAZ vom 18.9.2003). Sie als Teilnehmer(in) einer jungen Partei sind besonders berufen, sich für die Verbesserung der Rechtsprechung einzusetzen. Dazu bietet dieser Parteitag die passende Möglichkeit. Nutzen Sie sie!

b.w.

V.i.S.d.P.: Horst Trieflinger, Vors., Röderbergweg 34, 60314 Frankfurt a.M.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, IBAN DE29 5005 0201 0000 3229 20